



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/175 - 7.8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Farnsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Zur "Ansprache" des Kanzlers	S. 1
Reiseroute: Moskau - Peking	S. 2
Heinrich Imig, der neue Präsident	S. 3
Zum Tode eines Revolutionärs	S. 5

Auftakt zur Endphase

Die restlichen drei Wochen des August werden vermutlich auf außenpolitischem Gebiet eine ähnlich starke Bewegung bringen, wie das in der Innenpolitik durch die Streik-Situation und die Nachwirkungen des Falles John schon im ersten Teil des Monats der Fall war. Es liegen jetzt zwei wichtige Termine mit ziemlicher Bestimmtheit fest: am 19. August soll nun endgültig die mehrfach verschobene Konferenz der sechs EWG-Staaten in Brüssel stattfinden, um vor allem über einige französische Abänderungsanträge zur EWG zu beraten, und für den 24. August ist der Beginn der EWG-Debatte in der französischen Nationalversammlung vorgesehen. Die Zeit bis zum 19. August wird mit einer besonders lebhaften Vorbereitung dieser letzten Entscheidungsphase der internationalen EWG-Verhandlungen angefüllt sein und dementsprechend mit einer erhöhten öffentlichen Diskussion.

Einen Auftakt dazu bildet in der Bundesrepublik die "Ansprache" des Bundeskanzlers vom letzten Freitag. In ihr hat der Kanzler seiner bekannten Weise, die Dinge aufs Äußerste zu vereinfachen, besonders auffällig freien Lauf gelassen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten sich vertragen, wobei der Zeigefinger unverkennbar gegen die erstgenannten erhoben war; der Schaden, den John angerichtet hat, sei nicht so groß wie man zunächst befürchtete, "Emigranten verdienen keinen Tadel" - eine besonders bemerkenswerte Formulierung; schließlich: in Deutschland (wieder die alte Gleichsetzung mit der Bundes-

republik) gebe es keinen wiedererstandenen Nationalsozialismus. Er verbürge sich dafür, dass es ihm auch nicht geben werde.

Auch seine außenpolitischen Bemerkungen stellten an die Hörer keine besonderen Ansprüche, sollten es offenbar auch nicht. Bemerkenswert war im Munde des Kanzlers nur das Zugeständnis, "dass auch Tatsachen in der letzten Zeit geschaffen worden sind, die Spannungen in der Welt zur Lösung brachten", wobei er Indochina und den Suez-Kanal nannte. Das aber geschah durch geduldige Verhandlung, eine Methode, von der der Kanzler leider im Hinblick auf Deutschland - und wir meinen dabei ganz Deutschland - nicht viel hält. Seine Kennzeichnung der EWG als des einzigen Weges zu Freiheit, Sicherheit und Frieden war ebensowenig neu und zutreffend wie die Behauptung, die Bundesrepublik werde alsbald die volle Souveränität erhalten. Und wenn Adenauer behauptete, die EWG-Politik gewähre auch die einzige Möglichkeit, Sowjetrußland zu einer Änderung seiner Politik hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands zu veranlassen, so konnte er auch nicht den leisesten Hinweis darauf geben, wie das auf friedliche Weise möglich sein kann.

Zu scharfem Widerspruch reizt auch seine Versicherung, Deutschland werde im Falle der Wiedervereinigung aus der EWG keinesfalls ausscheiden, nichts sei unbegründeter als diese Besorgnis. Das ist die Vorwegnahme einer Stellungnahme, zu der der Kanzler nicht befugt ist. Die Entscheidung darüber wird allein die künftige Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands zu treffen haben. Das haben sogar die Vertreter der Westmächte auf der Berliner Konferenz zugeben müssen. Außerdem ist das aber illusorisch, denn EWG und Wiedervereinigung schließen sich nach unserer und nach der oft ausgesprochenen Meinung vieler maßgebender westlicher Politiker aus.

+ + +

Labour besucht Mao Tse-tung

E.A. London

Am Montag fliegt eine offizielle Delegation der Labour-Party auf dem Wege über Moskau nach Peking. Acht Mitglieder der Parteiexecutive nehmen daran teil: Clement Attlee als Delegationsführer, der diesjährige Parteivorsitzende Wilfred Burke, Parteisekretär Morgan Phillips, Aneurin Bevan, Dr. Edith Summerskill und die Gewerkschafter Harry Earnshaw, Henry Franklin und Sam Watson. Die Delegation wird auch einige Tage in Tokio verbringen und will auf dem Rückwege Singapore, Rangoon und Beirut besuchen. Als der Besuch im Mai angekündigt wurde, bemängelten die englischen Konservativen, dass er zu einer Belastung der anglo-amerikanischen Beziehungen führen könnte. Das war noch im Anfangstadium der Genfer Konferenz. Seitdem sind die kritischen Stimmen verstummt.

Der Besuch hat eine ausführliche Vorgeschichte. Auf dem vorjährigen Parteitag der Labour-Party wurde eine Entschliessung, eine Mission zur Förderung des Verständnisses zwischen Ost und West nach China zu entsenden, dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen. Im November schrieb Morgan Phillips über den chinesischen Gesandten in Bern an die chinesische Regierung. Auf ein zweites Schreiben hin erhielt er im Mai eine Einladung des chinesischen Volksinstitutes für Auswärtige Angelegenheiten. Das Institut schlug den Besuch von 30 bis 40 Labourmitgliedern vor. Die Parteiexecutive hielt eine Delegation von acht Mitgliedern für besser. Sie enthält Vertreter aller Strömungen in der Partei und ist somit wirklich repräsentativ. Im übrigen gibt es in der Frage der Chinapolitik keine erheblichen Meinungsverschiedenheiten im Labourlager. Die Partei vertritt einhellig den Standpunkt, dass die chinesische Volksrepublik ihren rechtmäßigen Platz in den Vereinten Nationen einnehmen muß. Es ist auch bemerkenswert, dass die Regierung Mac Tse-tungs bereits 1950 von der britischen Regierung anerkannt worden war. Attlee war damals Premierminister.

Gewiß waren seitdem die Ereignisse in Korea und in Indochina eine schwere Enttäuschung für die an die Anerkennung geknüpften Hoffnungen. Aber auch die Chinesen mögen ihre Lehren aus den blutigen Zusammenstößen gezogen haben. Besonders nach Genf sollte es Mög-

lichkeiten geben, einen neuen Anfang zu machen. Welche Möglichkeiten in dieser Hinsicht bestehen, darüber wollen sich Attlee und Bevan an Ort und Stelle unterrichten. Ob sie nun in Moskau Wodka mit Malenkow und in Peking Tee mit Chou En lai trinken, die Unterhaltungen werden dabei um dasselbe Problem gehen: wie man das Nebeneinanderleben der Nationen friedlich halten und besser gestalten kann.

Morgan Phillips äußerte sich kurz vor seiner Abreise über die Ziele der Mission. "Wir wollen versuchen", erklärte er, "während unseres kurzen Aufenthaltes in China unsere Gastgeber davon zu überzeugen, dass die britische Arbeiterbewegung sehnlichst wünscht, die Barrieren der Mißverständnisse zu beseitigen. Gelingt uns das, dann könnten wir beide unsere Energien und Hilfsquellen darauf verwenden, den Lebensstandard unserer Völker zu heben. Wir brauchen dazu vor allem Vertrauen und gegenseitigen Respekt."

Die Kritiker des Besuches in der In- und Auslandspresse aber sollten bedenken, dass sie auch im Jahre 1950 fast die gleichen Einwendungen gegen einen offiziellen Besuch einer Labourdelegation in Jugoslawien gemacht haben. Vier Jahre danach lud die konservative Regierung Churchill Marshall Tito als Ehrengast nach London ein, und die gesamte Weltpresse feierte ihn als eine Stütze des Weltfriedens. Und wenn man noch weiter zurückgehen will, kann man an die Labourbesuche in Moskau in den zwanziger Jahren und im Jahre 1946 erinnern. Solche Missionen können, wenn sie auch nicht zu sofortigen Resultaten führen, das Verständnis der Völker fördern und den Regierungen eine bessere Fühlungnahme erleichtern. Für eine derartige Mission in China ist Attlee der gegebene Wortführer. Er ist der Mann, unter dessen Regierung Großbritannien 500 ^{Millionen} Asiaten im Jahre 1947 Selbstbestimmung und Freiheit gab. Er spricht und mahnt nicht als ein Vertreter des westlichen Imperialismus, sondern als Anwalt der Gleichberechtigung aller Nationalitäten und der friedlichen Verständigung.

+ + +

Internationale Anerkennung

sp. Dortmund

Der 36. Internationale Bergarbeiterkongress, der von 124 Delegierten aus 18 Bergbauländern Europas, Amerikas, Afrikas und Asiens

vom 2. - 6. August in der Dortmunder Westfalenhalle bestritten wurde, ist beendet. Wenn man das Ergebnis dieser fünftägigen Arbeitssitzung zusammenfasst, dann ist vor allem festzustellen: Unsere Gewerkschaften haben sich in den wenigen Jahren ihres neuen Wirkens die Anerkennung sämtlicher freien Gewerkschaften der Welt erworben. Die Wahl des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Heinrich Imig, zum Präsidenten des Internationalen Bergarbeiter-Verbandes (IBV), in dem rund 2,7 ^{Millionen} aktive Bergleute vereinigt sind, ist eine spontane Demonstration für das der deutschen Gewerkschaftsbewegung international entgegengebrachte Vertrauen. Sir William Lawther aus England, der wegen seiner Verdienste um die britische Arbeiterbewegung in den Adelsstand erhobene Generalsekretär des IBV, hatte bereits am ersten Tage des Dortmunder Kongresses die besondere Bedeutung der deutschen Gewerkschaften für die Arbeitnehmerschaft der gesamten freien Welt betont.

Dass der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften mit ihrer programmatischen Zielsetzung auf dem rechten Wege sind, wurde durch den Verlauf des Kongresses voll bestätigt. Der bisherige IBV-Präsident Achille Delattre aus Belgien, der sein Amt aus Altersgründen - er vollendet demnächst sein 75. Lebensjahr - zur Verfügung gestellt hat, sagte zumindest den deutschen Delegierten nichts Neues, als er in seiner Eröffnungsansprache erklärte, dass die unerschütterliche Einheit der Gewerkschaften zur Sicherung der sozialen Wohlfahrt und somit des Friedens in der Welt notwendig sei. Auch die vom Kongress erhobene Forderung, dass für den Schutz der Arbeitskraft und der Gesundheit des schaffenden Menschen noch sehr viel mehr getan werden müsse, ist von unseren Gewerkschaften immer wieder mit Nachdruck unterstrichen worden. Wenn in Dortmund natürlicherweise speziell über die Silikose und andere Berufskrankheiten des Bergmanns gesprochen wurde, so gilt die Begründung für die stetig wachsenden gesundheitlichen Gefahren, nämlich die Vernachlässigung der Sorge um den Menschen im Zuge der rasanten Mechanisierung seiner Arbeitsplätze, gleichermassen für fast alle Industriezweige in der Bundesrepublik. So konnte es nicht überraschen, dass die vom Deutschen Gewerkschaftsbund am vergangenen 1. Mai proklamierte Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche von den Delegierten des Dortmunder Kongresses einmütig zu einem internationalen Anliegen erhoben wurde.

Der Internationale Bergarbeiter-Verband hat sich was allgemein von den internationalen Zusammenschlüssen der Fachgewerkschaften und ihrer nationalen Dachorganisationen gesagt werden kann, die klare Aufgabe gestellt, den Arbeitnehmern aller sozial rückständigen Länder behilflich zu sein, den Fortschritt auch für sich zu erringen. So sind die auf internationalen Gewerkschaftskongressen gefassten Beschlüsse keineswegs theoretische Deklamationen. Sie werden von der Internationalen Arbeits-Organisation in Genf aufgegriffen und von dort den nationalen Regierungen als Empfehlungen zugestellt. Keine Regierung wird sich, ohne ihr Ansehen in der Welt selbst zu gefährden, auf die Dauer einem Anliegen verschließen können, dessen Berechtigung international anerkannt worden ist. Für die westdeutsche Bergarbeiterschaft geht es jetzt um die Verbesserung sowohl der beruflichen Sicherheit als auch der sozialen und der gesellschaftspolitischen Stellung. Die Notwendigkeit, dass auch der Bergarbeiterschaft in der Bundesrepublik die noch längst nicht erreichte Spitzenstellung in der Lohnskala zugestanden werden muß, wurde von den Delegierten des Dortmunder Kongresses genauso überzeugend unterstrichen wie das Recht auf volle Mitbestimmung und auf die 40-Stunden-Woche.

+ + +

Wilhelm Dittmann

Im achtzigsten Jahre seines Lebens ist Wilhelm Dittmann von uns gegangen. Während der letzten Monate ging es ihm nicht mehr sonderlich gut und man sah ihn nur noch selten. Eine Lungenentzündung kam hinzu und es geschah. Wir werden Wilhelm Dittmann nie mehr sehen. Die beiden Fahnen über dem SPD-Haus sind auf Kalmast heruntergegangen.

Wilhelm Dittmann verbrachte die letzten Jahre seines Lebens - nach der Heimkehr aus dem Züricher Exil - in Bonn. Es war sein Amt, die umfangreiche historische Bibliothek und das berühmte Archiv dieses Hauses zu verwalten. Da sass er nun inmitten der gedruckten und geschriebenen Geschichte einer politischen Bewegung, die seine Bewegung gewesen war.

Keiner von denen, die ihn da sahen, konnten sich diesen Gedanken entziehen, der etwas Packendes und Ergreifendes hatte: "da sitzt einer, der das alles selber mitgemacht hat und der vor allem eine sehr entscheidende Stunde der deutschen Geschichte mitgemacht hat, - die Revolution.

Auch als Figur stellte der Achtzigjährige ein Erlebnis dar. Bis zum letzten Tage hat er sich nicht von dem Bartschnitt getrennt, den die Mitkämpfer um die Jahrhundertwende trugen. So glich er ein wenig dem Bilde Bebel's, das über ihn hing. Aber wenn Bebel ein beinahe eleganter und wendiger Typus war, dann war Wilhelm Dittmann das, was man heute einen Bohrank nennt, - ein breitschultriger Handwerker, ein Mann der arbeitenden Klasse, immer und ewig der Tischler aus der kleinen Stadt Eutin. Wo der stand, da ließ er sich nicht wegstoßen. Die Hände, die auf dem Schreibtisch lagen - wuchtige, enorme Hände.

Ja, er war der Mann, der in der richtigen Stunde zuzufassen wusste. Er war der Mann der Tat. Er hat Geschichte gemacht. Er war ein Rebell gegen das Gewesene. Als im November 1918 die Revolution ausbrach, holten sie Wilhelm Dittmann aus der Festungshaft. Er ging hin und stellte sich ans Steuer.

Verantwortlich: Peter Raunau